

„Dissen – mit mir nicht!“ - Preisträger-Gruppe zu Gast im Landtag



Ingrid Hack MdL begrüßt die Schülervertretung der Gesamtschule Rodenkirchen im Landtag NRW

Beim stadtweiten Wettbewerb „Dissen – mit mir nicht!“ 2016 erreichte die Schülervertretung der Gesamtschule Rodenkirchen den 3. Preis – einen Besuch im Landtag. In dieser Plenarwoche nahmen nun 35 Schüler-VertreterInnen vom 5. bis 12. Jahrgang mit zwei ihrer SV-LehrerInnen an der Fahrt im von Ingrid Hack spendierten Bus teil. Sie erlebten die Debatte im Plenum zum Thema „Umgang mit der DITIB“ teils mit, und noch den Beginn der Debatte zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses zum „Fall Amri“, also jeweils sehr aktuelle Fragen.

In der Diskussion mit Ingrid Hack fragten die SchülerInnen danach, wie die zurzeit im Parlament vertretenen PolitikerInnen denn verhindern wollen, dass eine rechtsgerichtete Partei dort nach der Wahl am 14. Mai einzieht. Weitere Fragen drehten sich – wie so oft – um das Verhalten der Abgeordneten im Plenarsaal, und darum, wie Abgeordnete persönlich damit umgehen, wenn sie mit ihrer Fraktion nicht einer Meinung sind, aber auch ganz konkret um die Position der SPD-Fraktion zum Thema G8/G9.

Wie immer reichte die eine Stunde Diskussion nur aus, um Themen „anzureißen“, aber einige Informationen zum Alltag im Parlament konnten die SchülerInnen 1:1 mitnehmen.

Ingrid Hack erwähnte nochmals, dass sich alle SchülerInnen natürlich so wie alle Bürgerinnen und Bürger an sie wenden können, wenn es Fragen oder Anregungen gibt. „Wir Abgeordnete sind alle erreichbar, das ist unser Job, und niemand soll sich scheuen, uns anzusprechen!“

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,*

zum zweiten Mal in diesem Jahr tagte das Plenum in der vergangenen Woche im Landtag in Düsseldorf.

Ein großes Thema war an diesen Plenartagen die Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum „Fall Amri“ auf Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Hierzu berichtet Andreas Kossiksi in unserem Newsletter ausführlich.

Eine ganze Reihe von Besuchergruppen aus unseren Wahlkreisen begrüßten wir außerdem als Kölner Landtagsabgeordnete während dieser Plenartage - Wie immer eine große Freude für uns!

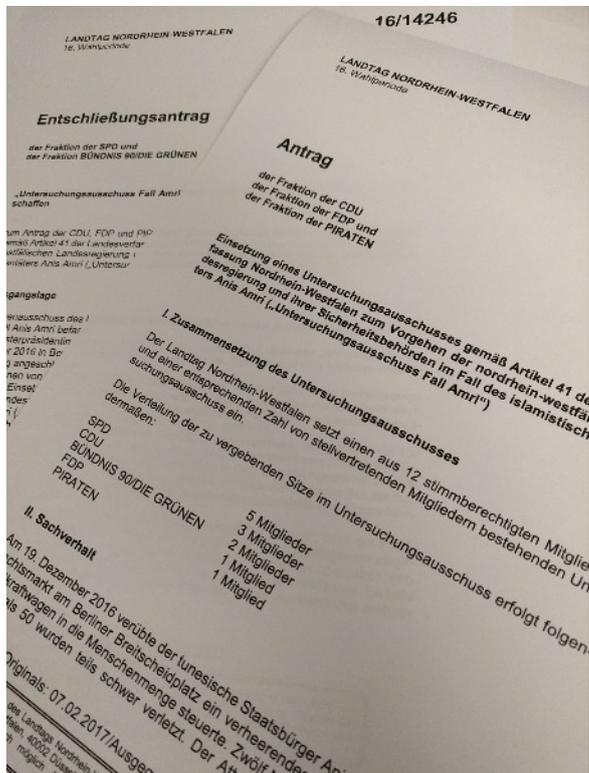
Wir wünschen Ihnen eine gute Lektüre.

Für die Abgeordneten,




Die Kölner SPD-MdL

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zu Wahlkampfzwecken



Am Mittwoch (15.02.2017) verabschiedeten der Landtag mit den dafür ausreichenden Stimmen der Opposition die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „zum Vorgehen der nordrhein-westfälischen Landesregierung und ihrer Sicherheitsbehörden im Fall des islamistischen Attentäters Anis Amri“, sowie – mit den Stimmen der Regierungskoalition – einen sich darauf beziehenden Entschließungsantrag, der die Ermittlungen nicht nur auf Nordrhein-Westfalen begrenzt sehen will, sondern auf alle im Fall Amri beteiligten Sicherheitsbehörden des Bundes und anderer Länder.

Damit ist bereits ein grundlegendes Problem beschrieben, das den von CDU, FDP und Piraten beantragten Untersuchungsausschuss zu dem entlarvt, was er aus Sicht der Opposition leisten soll: Wahlkampfmunition. Oder, wie es Thomas Stotko, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in der Debatte nannte: „Ihnen geht es hier in Nordrhein-Westfalen in den nächsten drei Monaten nur um eine Sache: Sie wollen einen NRW-Innenminister grillen.“

Um das wahltaktische Manöver in seinen Zusammenhängen zu begreifen, lohnt sich ein Blick auf die letzten Wochen.

5. Januar: In einer Sondersitzung des Innenausschusses informierten Innenminister Ralf Jäger zusammen mit Innenstaatssekretär Bernhard Nebe und weiteren Spitzenbeamten der im Fall Amri beteiligten Abteilungen 4 ½ Stunden lang über Abläufe und Zusammenhänge, einschließlich der Bund-Länder-Zusammenarbeit im Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum (GTAZ) und beantworteten alle Fragen der Opposition. Fein säuberlich nachzulesen im 89-Seiten langen Ausschussprotokoll.

Mit der verblüffenden These, Ralf Jäger habe „alle wesentlichen Fragen“ nicht beantwortet, beantragte die CDU schon einen Tag später die inhaltliche Wiederholung des Themas zur Sitzung des Innenausschusses am 19. Januar. Angereichert mit einem 65 Fragen umfassenden Katalog. Merkwürdig nur, dass diese Fragen größtenteils bereits am 5. Januar beantwortet oder aber während der Sondersitzung von der CDU gar nicht gestellt wurden. In einer entsprechenden Pressemitteilung zu ihrem Fragenkatalog setzte aber die CDU am 6. Januar schon wider besseres Wissen Behauptungen in die Welt, die inzwischen weltweit unter dem Begriff „Alternative Fakten“ subsumiert werden.

- weiterlesen auf der nächsten Seite -

Am 10. Januar lud Ministerpräsidentin Hannelore Kraft die Spitzenvertreter aller Fraktionen zum gemeinsamen Gespräch, um sich fraktions- und parteiübergreifend auf eine unabhängige Sonderkommission zu verständigen, um eine schnellstmögliche und umfassende Aufarbeitung und Analyse des Fall Amris zu erreichen. Tags drauf reagierte die FDP positiv, man werde an Gesprächen über die Einsetzung einer Sonderkommission „selbstverständlich teilnehmen.“ Am 16. Januar, also drei Tage vor der neuerlichen Sitzung des Innenausschusses, auf der zum zweiten Mal die Fragen der CDU beantwortet werden sollten, reagierten die Fraktionsvorsitzenden Laschet und Marsching in einer gemeinsamen (!!!) Presseerklärung von CDU und Piraten, man werde an der „PR-Aktion“ der Ministerpräsidentin nicht teilnehmen. So lange die Ministerpräsidentin nicht an ihrem Innenminister Zweifel habe, würde eine unabhängige Begutachtung des Falles wenig Sinn machen.

Spätestens seit diesem 16. Januar stand fest, dass die CDU und ihr Vorsitzender Armin Laschet an einer unabhängigen Aufklärung keinerlei Interesse zeigten. Und dies obwohl Hannelore Kraft das Angebot machte, parteiübergreifend am Gutachterauftrag mitzuwirken.

Am 19. Januar wurden im Innenausschuss wiederum durch Ralf Jäger und seine Spitzenbeamten nicht nur die 65 Fragen der CDU beantwortet, sondern noch eine Vielzahl anderer. Vor allem aber nutzte der Innenminister die Gelegenheit, um zahlreiche Fehlinformationen und Fehlinterpretationen rund um den Fall Amri mit nachweisbaren Fakten zu widerlegen, bis hin zur Erläuterung der Rechtslage durch Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes (BGH).

Als gäbe es in der CDU keine Kommunikation, forderte CDU-Fraktionschef Laschet einen Tag später, jetzt müsse endlich die Ministerpräsidentin für Aufklärung im Parlament sorgen, da der Innenminister sich dazu weigere. Zur Erinnerung: Weder gehört Laschet dem Innenausschuss an, noch hat er an einer seiner Sitzungen teilgenommen.

24. Januar. Einen Tag vor der Landtagssitzung, in der Hannelore Kraft für die Landesregierung das Parlament über den Anschlag vom 19. Dezember 2016 in Berlin und seine Folgen unterrichten konnte, bekräftigte der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Joachim Stamp die Rücktrittforderung an Ralf Jäger. Begründung: Der Fall Amri könne nur vorbehaltlos aufgeklärt werden, wenn Kraft zuvor Jäger entlasse. Dass dieselbe FDP kurz zuvor noch den Vorschlag von Hannelore Kraft zur Einsetzung einer parteiübergreifend eingesetzten unabhängigen Sonderkommission begrüßte, kann nur unter der alten Floskel verstanden werden „Was kümmert mich mein FDP-Geschwätz von gestern.“

- weiterlesen auf der nächsten Seite -

25. Januar: Auf 55 Seiten Parlamentsprotokoll sind Hannelore Krafts Regierungserklärung, die zusätzlichen Erläuterungen durch Ralf Jäger und die Debatte dazu belegt. Wer also trotz Anwesenheit der Debatte nicht folgen konnte oder mochte, könnte die umfassende Sachverhaltsdarstellung der Landesregierung also in Ruhe nachlesen. Ergänzt um die Protokolle der Innenausschuss-Sitzungen vom 5. und 19. Januar ergibt sich daraus ein vielstündiger Lesestoff, in dem nicht nur umfassend informiert wird, sondern auch alle Fragen der Opposition umfänglich beantwortet werden. Hat es der CDU geholfen? Noch am selben 25. Januar, kaum dass Laschets Wunsch nach Unterrichtung des Parlaments durch die Ministerpräsidentin erfüllt war, beantragte die CDU für den 2. Februar eine neuerliche Sondersitzung des Innenausschusses. Begründung diesmal: In den bisherigen Sitzungen des Innenausschusses habe nicht nur Ralf Jäger Fragen der Opposition beantwortet, sondern auch (die zuständigen) Abteilungsleiter des Innenministeriums. Zwar bezweifelt die CDU in ihrem Antrag nicht die Richtigkeit deren Aussagen, aber, so die obskure Begründung, Jäger müsse „persönlich und unmittelbar“ alle Fragen beantworten.

2. Februar. Wiederum werden in der Sondersitzung des Innenausschusses die vorliegenden Fakten zum Fall Amri mehrstündig vorgetragen, wiederum beantwortet Ralf Jäger alle ihm gestellten Fragen. Hans-Willi Körfges, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender fasste es in einer Pressemitteilung zusammen: „Zum wiederholten Mal sind CDU und FDP mit ihrem Versuch gescheitert, mit ihrer kruden Mischung aus Verschwörungstheorien und ‚alternativen Fakten‘ NRW-Innenminister Ralf Jäger politisch zu attackieren. CDU und FDP geht es alleine um die mediale Inszenierung haltloser und widerlegter Vorwürfe.“

Noch am selben 2. Februar teilt CDU-Chef Laschet, bei der Sondersitzung wiederum nicht anwesend, mit, dass ihn nach der heutigen Sondersitzung „die schamlose Informationspolitik des NRW-Innenministers fassungslos“ mache. Jetzt sei Aufklärung im Fall Amri nur noch mit einem Untersuchungsausschuss möglich. Nicht nur für Psychologen verräterisch heißt es bei Laschet unmittelbar nach dem Ende der stundenlangen Sondersitzung weiter: „Aufklärung darf nicht von Wahlterminen abhängen.“

Derselbe Laschet, der noch Mitte Januar gegenüber Hannelore Kraft an einer unabhängigen Sonderkommission kein Interesse zeigte, weil eine unabhängige Kommission eine „PR-Aktion“ sei, bezeichnete sich nun als „Chefaufklärer“ und verlangte, keine drei Monate vor Ende der Legislaturperiode, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Das macht angesichts der Dauer der in dieser Wahlperiode bestehenden vier Untersuchungsausschüsse wirklich fassungslos. Untersuchungsausschuss BLB – 47 Monate, WestLB – 45 Monate, NSU – 28 Monate und Silvesternacht 2015 – 14 Monate.

Aber schlimmer noch: Wider besseren Wissens der Tatsache, dass der Fall Amri nicht nur Nordrhein-Westfälische Behörden betrifft, sondern nachweislich mehrere Bundesbehörden und Behörden anderer Bundesländer, die zusammen einschließlich des Generalbundesanwalts im Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum in Berlin mit Amri befasst waren, will die Opposition den Untersuchungsauftrag auf Nordrhein-Westfalen beschränken.

- weiterlesen auf der nächsten Seite -

Während der Plenumsdebatte am 15. Februar brachte es Thomas Stotko, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion deshalb auf den Punkt: „Sie wollen Aufklärung und in Nordrhein-Westfalen einen Untersuchungsausschuss betreiben, der noch 90 Tage Zeit hat. Es geht Ihnen nur darum, 90 Tage lang Unruhe zu stiften, aber nicht darum, Aufklärung zu betreiben. Wir haben Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ein klares Angebot gemacht. Wir haben Ihnen gesagt: Lassen Sie uns in Nordrhein-Westfalen und im Bund einen Sonderermittler, Sonderbeauftragten – wie auch immer Sie es nennen wollen – zum Zwecke einer raschen und schnellen Aufklärung einsetzen. Sie haben es ausdrücklich abgelehnt. Sie haben eine offene und umfassende Aufklärung nicht gewollt. Auch das muss hier gesagt werden.“

Am Rande sei noch vermerkt, dass „Chefaufklärer“ Laschet selbst auf eine Teilnahme am Untersuchungsausschuss Amri verzichtet. Man darf gespannt sein, wie Laschet demnächst über die Arbeit des Untersuchungsausschusses berichtet.

Andreas Kossiki, der als stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses alle Sitzungen zum Fall Amri aufmerksam verfolgen konnte, kommentierte am letzten Mittwoch das Verhalten der Opposition nüchtern: „Dass eine Opposition kritische Fragen an die Regierung stellt, ist in einer Demokratie selbstverständlich. Wenn sie aber mehrfach umfassend und beweisbar beantwortet worden sind und trotzdem ständig falsche Behauptungen veröffentlicht werden, dann versteht die Opposition offensichtlich nicht, dass auch sie politische Verantwortung in einem demokratischen Staat trägt. Wichtig ist nun, dass der vom Parlament verabschiedete Entschließungsantrag von SPD und Grünen auch wirklich im Untersuchungsausschuss umgesetzt wird. Ziel muss sein, bundesweit Schwachstellen im Fall Amri zu erkennen, um sie anschließend zu beseitigen. Bloße Skandalisierung und wahltaktisches Getöse von CDU und FDP sind das Letzte, was dabei helfen könnte.“

Anschauen: [Rede Thomas Stotko - PUA Fall Amri](#)

Weiterlesen: [Einsetzungsantrag PUA Drs 16/14168](#)

Weiterlesen: [Entschließungsantrag SPD/Grüne Drs 16/14246](#)



Andreas Kossiki Mdl

„Wer bestellt muss auch bezahlen – Der Bund muss die Kosten für seine Gesetze voll übernehmen“

So war ein Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen überschrieben, in dem die Landesregierung aufgefordert wird

- Gegenüber dem Bund eine dauerhafte und strukturelle Entlastung der Kommunen von durch die Bundesgesetzgebung verursachten Kosten weiterhin mit Nachdruck zu vertreten. Dies gilt insbesondere für die dynamisch wachsenden Sozialkosten.
- Unter Einbeziehung der Kommunen zu prüfen, welche weiteren Maßnahmen für eine zusätzliche Entlastung der Kommunen durch den Bund ergriffen werden können
- Sich dafür einzusetzen, dass bei Änderungen an bestehenden Gesetzen eine Erstattungspflicht gegenüber den Ländern und Kommunen festgelegt wird.
- Dafür einzutreten, dass der Bund - wie es Artikel 104a Grundgesetz auch fakultativ vorsieht - die Finanzierung aller Bundesgesetze, welche Geldleistungen vorsehen, vollständig übernimmt.
- Gespräche mit anderen Bundesländern für eine entsprechende Bundesratsinitiative aufzunehmen.
- Sich im Bundesrat gegen die Übertragung von Aufgaben auf Länder und Kommunen einzusetzen, wenn die entsprechende Finanzierung durch den Bund nicht sichergestellt ist.

Hintergrund dieses Antrags ist der Umstand, dass seitens des Bundes den Kommunen immer mehr Aufgaben übertragen werden, ohne dass ihnen die zur Erledigung notwendigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Allein zwischen 2004 und 2014 sind die Sozialausgaben der Kommunen um mehr als 25 Mrd. Euro gestiegen. Das engt die Handlungsspielräume der Kommunen immer mehr ein und verhindert sinnvolle Maßnahmen, wie beispielsweise die Ausgestaltung der sozialen Arbeit an Schulen zur Inanspruchnahme der Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket nach SGB II.

Im Land NRW gilt das Konnexitätsprinzip: Zusätzliche Aufgaben, die das Land den Kommunen überträgt, müssen auch vom Land finanziert werden. So geht insgesamt in 2017 jeder dritte Euro aus dem Landeshaushalt an die Kommunen.

Leider werden die Kommunen vom Bund im Hinblick auf die finanziellen Auswirkungen von bundesgesetzlichen Regelungen oftmals allein gelassen. Und das soll in Zukunft besser werden.

Weiterlesen:

Antrag SPD/Grüne Drs 16/14160

Die letzten Besuchergruppen dieser Legislaturperiode des Landtags NRW

Das Hansa Gymnasium war zu Besuch im Landtag. 50 Schülerinnen und Schüler der 10. Jahrgangsstufe konnten zwar keine Plenardebatte erleben. Dafür gab es eine umfassende Information im Plenarsaal und anschließend Diskussionen mit Landtagsabgeordneten. Die Gruppe teilte sich auf und Martin Börschel – in Begleitung von Susana Dos Santos Herrmann – übernahm die Diskussion mit einer Hälfte der Schülerinnen und Schüler. Es war eine „bunte“ Diskussion: angesprochen wurde u.a. natürlich die Problematik G8/G9-Abitur, aber auch die Energiewende einschließlich der Bedrohung durch das Atomkraftwerks Tiange in Belgien, ferner die Politik im Verhältnis zur USA, die Cannabis-Legalisierung. Auch persönliche Fragen wurden gestellt, wie „Was hat Sie motiviert, Politik zu machen?“ Zum Schluss gab es ein Erinnerungsfoto auf der großen Freitreppe.



Gute Stimmung beim Landtagsbesuch der Schülerinnen und Schüler vom Hansa Gymnasium: Martin Börschel MdL mit seiner letzten Besuchergruppe dieser Legislaturperiode vor der im Mai stattfindenden Landtagswahl

Auszubildende vom Berufskolleg Ehrenfeld zu Gast im Landtag NRW



Gabriele Hammelrath MdL mit einer Gruppe von Azubis des Berufskollegs Ehrenfeld in der Bürgerhalle

In der vergangenen Plenarwoche hat mich das Berufskolleg Ehrenfeld im Landtag besucht! Rund 50 junge Konditoren-, Metzger- und Fleischerei-Fachverkäufer- Azubis diskutierten engagiert über die Lebensmittelampel und ihre Vor- und Nachteile für die Betriebe. Passend dazu gab es am selben Tag auch die Plenardebatte zum zugehörigen Kontrollergesetz-Transparenz-Gesetz. Für Auszubildende in der Lebensmittelbranche natürlich ein besonders interessantes Thema. Bei unserer detaillierten Diskussion ging es so nicht nur um Fragen zum Wettbewerbsnachteil oder Stammkundenverlust. Sondern auch um angemessene Bewertungsverfahren und Prüfmaßstäbe und damit eine Verbesserung der bestehenden Verfahren. Es war mir wirklich eine Freude, mit Gästen „vom Fach“ zu diskutieren. Leider stand dann aber auch genau in der Diskussionszeit die namentliche Abstimmung zum Thema an, sodass das Gespräch zwischendurch kurz pausieren musste. So funktioniert parlamentarische Politik nun mal. Ich möchte mich noch einmal herzlichen bedanken für den wichtigen und interessanten Austausch, liebe Azubis. Es war mir eine Freude, Euch im Landtag begrüßen zu dürfen und vielleicht haben wir ja zu einem anderen Zeitpunkt die Möglichkeit, das Gespräch fortzuführen.

Gemeinsame Erklärung

Gemeinsam mit vielen Abgeordneten von CDU und FDP haben wir am 20.02.2017 als rheinische SPD-Abgeordnete die hier folgende, gemeinsame Unterstützungs-Erklärung zur Metropolregion Rheinland veröffentlicht:

Die rheinischen Abgeordneten begrüßen die Initiative zur Bildung einer Metropolregion Rheinland

Durch die Verabschiedung des überarbeiteten Landesentwicklungsplans durch den nordrhein-westfälischen Landtag am 14. Dezember 2016 wird die Bedeutung der nordrhein-westfälischen Metropolregionen hervorgehoben. Dies haben die kommunalen Gebietskörperschaften und Wirtschaftskammern im Rheinland zum Anlass genommen, durch geeignete Maßnahmen die Zusammenarbeit auf politischer, wirtschaftlicher und der Ebene der Verwaltungen zu intensivieren, hin zu einer Metropolregion von europäischer Bedeutung. Damit einhergehend soll der Wirtschafts- und Wohnstandort attraktiver und die Wahrnehmung nach innen und außen gestärkt werden.

Die Akteure im Rheinland haben daher vereinbart, durch den Verein „Metropolregion Rheinland e.V.“ das Rheinland in seinen verschiedenen Ausprägungen (insbesondere als Arbeits-, Wohn-, Wirtschafts-, Wissens-, Verkehrs-, Planungs-, Tourismus, Kultur- und Sportregion) als zusammenhängenden und gemeinsamen Lebensraum nach innen und außen (national wie international) effektiver zu positionieren und zu stärken.

Wir, die rheinischen Abgeordneten, die die Menschen aus den elf Städten und dreizehn Kreisen und der Städtereion im nordrhein-westfälischen Landtag vertreten, unterstützen das Ziel des zukünftigen Vereins, das Rheinland zu einer Metropolregion von europäischer Bedeutung im nationalen, europäischen und globalen Wettbewerb zu entwickeln.

Wir unterstützen die Zielsetzung der Metropolregion Rheinland,

- zum Wohl der hier lebenden Menschen zu arbeiten
- die Wirtschaftskraft des Rheinlandes zu erhalten und zu stärken
- dem Rheinland eine Stimme im nationalen, europäischen und internationalen Wettbewerb zu geben
- die Bildungs- und Wissenschaftsregion zu stärken und auszubauen
- dem Rheinland mit der kulturellen und touristischen Zusammenarbeit eine stärkere Identität zu geben
- gemeinsam die Infrastruktur digital, zu Wasser, auf der Straße, der Schiene und in der Luft im Interesse des Landes und seiner Menschen weiterzuentwickeln.

Die Kölner SPD Landtagsabgeordneten - Wer ist zuständig für welche Fragen?

Falls Sie einmal eine weitergehende Frage haben sollten, wenden Sie sich gerne an unsere Abgeordneten persönlich. Bei allgemeinen Fragen wenden Sie sich bitte an das Gemeinschaftsbüro der Landtagsabgeordneten in der Magnusstraße 18b unter 0221- 99 55 99 74 oder per Mail an koelnerspdmdl@landtag.nrw.de.

Martin Börschel:

Verfassungskommission, Haushalts- und Finanzausschuss, stv. Vorsitzender PUA Silvesternacht 2015

Mail: martin.boerschel@landtag.nrw.de

Stephan Gatter:

Sprecher Haushaltskontrolle, Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Hauptausschuss, stv. Mitglied PUA Silvesternacht 2015

Mail: stephan.gatter@landtag.nrw.de

Ingrid Hack:

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend und stv. Vorsitzende des Integrationsausschuss

Mail: ingrid.hack@landtag.nrw.de

Gabriele Hammelrath:

Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung und Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Mail: gabriele.hammelrath@landtag.nrw.de

Andreas Kossiski:

Stv. Vorsitzender Innenausschuss und Mitglied des Sportausschusses, Verfassungskommission, SPD-Obmann NSU-Untersuchungsausschuss

Mail: andreas.kossiski@landtag.nrw.de

Jochen Ott:

Stv. Vorsitzender der Fraktion und dort zuständig für den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr sowie für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Mail: jochen.ott@landtag.nrw.de

Lisa Steinmann:

Ausschüsse Kultur & Medien, Kommunalpolitik (stellv. Sprecherin) und Hauptausschuss, Vorsitzende der Ehrenamtskommission

Mail: lisa.steinmann@landtag.nrw.de